



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/221

22. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Kongress von Konstanz	S.1
London nach dem Abstimmungssieg Attlees	S.3
Ein aufschlussreiches Dokument zu den Ost-Wahlen	S.4
Polizei im Tauschhandel - Glosse	S.5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S.6/7

Auf dem Nebengleis

P.R. Konstanz, 22. September

Der vierte Jahreskongress der Europäischen Parlamentarier-Union, der diesmal in Konstanz tagte, stand unter keinem glücklichen Stern: die New Yorker Deutschland-Beschlüsse und andere wichtige Ereignisse überschatteten die Versammlung am Bodensee, hinzu kamen einige ungünstige Umstände. Die Engländer kündigten dem Grafen Coudenhove-Kalergi in aller Form die Freundschaft und blieben fern; die französische Delegation spaltete sich und die Vertreter aller Länder waren politische Randfiguren zweiten und dritten Ranges.

Ansprachen, Resolutionsentwürfe und angenommene Entschliessungen häuften sich in den drei Versammlungstagen auf dem Tisch des Hauses. Aber heute hat das alles einen ausgesprochen unwirklichen Charakter. Man fragt sich, ob es noch Sinn hat, den verschlungenen Pfaden dieser aner kennenswerten und aufrichtigen Bemühung zu folgen, die seit nun fast einem Vierteljahrhundert mit dem Namen Coudenhove-Kalergi verknüpft ist. Seit in London der Konsultativrat der Mächte des Brüsseler Paktes am 29. Januar 1949 die Schaffung eines Europäischen Ministerrats und einer Beratenden Europäischen Versammlung beschloß, ist auf dem Gebiet der Vereinigung Europas manches geschehen, wenn vieles auch nicht ungeteilten Beifall finden kann. Aber der ganze Fragenbereich ist seitdem doch der akademischen Erörterung weit entrückt.

Niemand wird der paneuropäischen Bewegung absprechen, dass sie gute psychologische Vorarbeit für die Verwirklichung des Gedankens der euro-

päischen Integration geleistet hat, auch wenn man feststellen muss, dass sie auf diesem Gebiet weder zuerst, noch führend, geschweige denn allein tätig war und zum Beispiel die organisierten Arbeiterparteien diesem Ziel seit ihrer Gründung zustrebten. Die maßgebenden Männer der Europäischen Parlamentarier-Union wissen natürlich, dass dieser Abschnitt ihrer Arbeit vorüber ist. So haben sie sich den veränderten Verhältnissen angepasst und sind - sie sehen es wenigstens so - aus Wegbereitern der paneuropäischen Idee zu Einpeitschern der nationalen Parlamentsgruppen im Europarat geworden. Das ist, sieht man von allem anderen einmal ab, der wesentliche Eindruck der Tagung und der Aufgabe, die sie sich stellte. In mehreren Entschliessungen wurde als Kern der Wille sichtbar, durch die Mitglieder in der Union in den einzelnen National-Parlamenten im Sinne eines föderalistischen europäischen Staatenbundes zu wirken, d.h. mit anderen Worten, Sauer- teig der europäischen Entwicklung zu sein. Das ist ein grosser Anspruch. Die Frage ist berechtigt, wie weit er legitimiert ist; auch die andere Frage, ob diejenigen, welche sich berufen fühlen, das Zeug dazu haben,

"Der Kongress wird sich mit den Schwierigkeiten befassen, die sich auf der letzten Tagung des Europarates ergeben haben und neue Wege vor- schlagen zur raschen Verwirklichung des Europäischen Bundestages", hiess es in einer Erklärung am Beginn der Tagung. Der Kongress hat sich in der Tat damit befasst, aber alles, was gesagt und vorgeschlagen wurde, kann in Wirklichkeit nicht durch die Europäische Parlamentarier-Union, sondern nur durch die Einsicht und den Willen an der praktischen politischen Ge- staltung des europäischen Gedankens in Strassburg erreicht werden. Der Einfluss des Kongresses von Konstanz aber auf die Strassburger Institu- tion wird gering sein.

Die Engländer haben sich ausdrücklich an der Idee der Europäischen Parlamentarier-Union desinteressiert erklärt. Das hat besonders deutlich gemacht, woran die Konzeption Coudenhove-Kalergis von Anfang an gelitten hat: an der Begrenzung auf die klein-kontinentale Lösung, wenn man so sagen darf. Immer wieder geistert auch durch die Konstanzer Ansprachen der Begriff eines Nachfolgereiches Karls des Grossen-eine heute in jeder Hinsicht unzulängliche Vorstellung von der Zukunft Europas, die aus nahe- liegenden Gründenvielleicht einigen christlich-demokratischen Politikern als wünschenswert erscheinen mag, in anderen Kreisen aber heftigstem Wi- derstand begegnet.

Wer in dem alt-ehrwürdigen Konzilsaal in Konstanz Rede und Gegen- rede, Vorschlag und Einwand und die ganze Atmosphäre dieser Veranstaltung mit erlebt hat, kann sich des Eindrucks nicht entziehen, dass hier ganz und gar auf einem Nebengleis der internationalen Politik operiert wurde, fernab von dem Feld, auf dem gerade auch in der Frage des europäischen Zusammenschlusses, die eigentlichen Entscheidungen fallen.

London spricht von Neuwahlen im Frühjahr

F.S. London, im September

Mit Spannung verfolgt man in England die politische Entwicklung, wie sie sich nach dem parlamentarischen Sieg Attlees ergibt. Das mit sechs Stimmen Unterschied abgelehnte Mißtrauensvotum Churchills, gleichbedeutend mit der Zustimmung des Unterhauses zur Nationalisierung der Stahlindustrie ab 1951, hat wohl der Regierung freie Hand gegeben, aber die Labour-Führung ist es müde geworden, bei jeder Abstimmung zittern zu müssen. In manchen Kreisen ist man versucht anzunehmen, dass Attlee gerade deshalb das heikle Thema der Stahl-Sozialisierung auf das Trapez gebracht hatte, um unter Umständen jetzt schon einen Anlass zu Neuwahlen zu haben. In der Labourführung glaubt man, jetzt für Neuwahlen gut gesattelt zu sein. Da der Abstimmungssieg eine solche Konstellation vereitelt hat, nimmt man als sicher an, dass im Frühjahr zu einer Auflösung des Parlamentes, also zu Neuwahlen, kommen wird.

Im Gegensatz zu früheren Versuchen, die Regierung zu stürzen, konnte man diesmal ohne weiteres glauben, dass es der Opposition ernst war. Sie wollte unter allen Umständen die Durchführung des Gesetzes für die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie verhindern. Schon vor Wochen hat deshalb die Organisationsleitung der Konservativen mit den Vorbereitungen für eine Neuwahl begonnen, die sie jetzt nur noch schneller herbeizuführen wünscht. Da sie auch diesmal nicht den Sturz der Regierung erreichte, werden Stahl und Eisen vom 1. Januar staatlich beaufsichtigt und in Zukunft keine Hilfsquellen für die Rechte sein. Sie wird schon deshalb vor diesem Zeitpunkt erneut die Regierung zu stürzen versuchen und die Frage der Nationalisierung wiederum in den Mittelpunkt stellen, um ein Mandat zu bekommen, das Gesetz abzuändern oder aufzuheben, falls ihr die Macht zufällt. Mit dieser Agitation hatte sie zweifellos den Ausgang der letzten Wahlen wesentlich beeinträchtigt. Auch bei einer kommenden Wahl wird sie keine zugkräftigere Propaganda finden.

Inzwischen hat sich die Situation allerdings etwas geändert. Ein anderer verstaatlichter Zweig der Industrie, die Kohlenbewirtschaftung,

hat während der ersten sechs Monate dieses Jahres trotz erheblichen Summen, die für die Modernisierung der Betriebe ausgegeben wurde, einen Gewinn von über 17 1/2 Millionen Pfund eingebracht, der sich noch steigern wird. Von diesem Erfolg hat die englische Wählerschaft Kenntnis genommen und Labour hat einen guten Grund, die gegnerischen Attacken abzuschlagen. Die Regierung hat Englands innen- und aussenpolitische Stabilität nicht nur gehalten, sondern noch vertieft. Sie kann in einen kommenden Wahlkampf weit gefestigter gehen als noch vor sechs Monaten. Ohne dieses Bewusstsein hätte es Attlee nicht zu einer Vertrauensfrage im Parlament kommen lassen, deren Ausgang bis zum letzten Augenblick zweifelhaft war. Beide Parteien hätten mit schweren Auseinandersetzungen im eigenen Lager rechnen müssen, wenn sich eine Entscheidung über den Termin der Nationalisierung verzögert hätte. In nicht allzu langer Zeit aber werden sich beide Parteien in einer grösseren Entscheidung gegenüberstehen.

- - - -

Die "freien" Wahlen am 15. Oktober

sp. Der Wert dieser Wahlen und der zu wählenden Körperschaften kann durch nichts besser gekennzeichnet werden, als durch das nachfolgende Dokument. Die SED hat sich schon lange vorher auch gegenüber den ihr hörigen Blockparteien die Mehrheit zu sichern gewusst.

"SED-Landesleitung Sachsen
Sekretariat

Dresden, 23. August 1950

.. Streng vertraulich!
.....

An die Hauptinstruktoren und an alle 1. Kreissekretäre!

Die Hauptinstruktoren der Landesleitung bei den Kreisleitungen werden angewiesen, sofort eine Kontrolle der Kandidatenaufstellung der Partei und Massenorganisationen in den Kreisen nach folgenden Gesichtspunkten vorzunehmen:

1. Ist in allen Parlamenten, von den Gemeinden bis zum Kreis, für die Partei mit Hilfe der Kandidaten der Massenorganisationen eine politisch qualifizierte Mehrheit gesichert? D.h., besitzen wir mit den Kandidaten der Partei und der Massenorganisationen nicht nur die zahlenmässige Mehrheit (die in der Regel mindestens zwei Mandate betragen soll), vielmehr setzen sich diese Kandidaten aus wirklich parteitreuen, zuverlässigen und fest auf der Linie der Partei stehenden Parteimitgliedern zusammen? Parteilose Kandidaten und Sympathisierende können bei der Feststellung der politisch qualifizierten Mehrheit nicht mit eingerechnet werden.

Landräte und Bürgermeister sollen in der Regel nicht kandidieren. Aus-

nahmefälle nur dort, wo diese fest auf der Linie der Partei stehen, ein grosses Ansehen und Sympathien unter der Bevölkerung besitzen.

Sind die aufgestellten Parteimitglieder von dem Standpunkt aus überprüft worden, dass auch in moralischer Hinsicht keine Bedenken bestehen.

Befinden sich unter den Kandidaten der bürgerlichen Parteien noch offene oder versteckte reaktionäre Elemente und sind bereits die Massnahmen eingeleitet, damit diese Elemente als Kandidaten zurückgezogen werden. Wurden von diesem Gesichtspunkt ausgehend auch die parteilosen Kandidaten der Massenorganisationen überprüft und handelt es sich bei allen von ihnen um wirklich gute und fortschrittliche Elemente? Die Überprüfung durch die Hauptinstruktoren ist mit Hilfe der Kreissekretäre sofort aufzunehmen und entsprechend dem Ergebnis die Massnahmen festzulegen, um nach den allen 1. Kreissekretären bekannten politischen Richtlinien der Partei die Kandidatenaufstellung abzuschliessen.

Überall dort, wo die Grundsätze der Partei verletzt und der Beschluss des Landesblocks vom 14.8.1950 nicht durchgeführt wurde, ist durch geschicktes und kluges Vorgehen zu erreichen, dass die politische qualifizierte Mehrheit für eine konsequente, fortschrittliche Arbeit in den Parlamenten gesichert ist. Die 1. Kreissekretäre sind der Partei dafür voll und ganz verantwortlich.

Die Hauptinstruktoren werden verpflichtet, uns am Sonnabend, dem 26. August 1950 zu der Besprechung bei der Landesleitung einen kurzen schriftlichen Bericht über die bisherigen Ergebnisse der von ihnen geführten Überprüfung und eine Gesamtaufstellung der politischen und sozialen Zusammensetzung der Kandidaten aus allen Gemeinden und für den Kreistag mitzubringen. gez. S c h l i e b s !"

Polizei im Tauschhandel

sp. Es fing damit an, dass man im Westsektor Berlins sechs Volkspolizisten verhaftete, die "aus Versehen" die Sektorengrenze überschritten hatten. Anderntags schnappten sich die ostzonalen Behörden 25 Westberliner Polizisten, und noch einen Tag später holte sich Westberlin 44 Volkspolizisten zu den ersten sechs dazu.

Der Ostsektor drohte: "Wir geben die 25 Polizeibeamten erst heraus, wenn die sechs Volkspolizisten zurück sind". Der Westsektor antwortet: "Die 25 Polizisten müssen wohlbehalten zurück sein, bevor wir die 44 entlassen".

Ob das Spiel so weiter geht? Es gibt noch eine Menge Polizisten in

Berlin. Doch sollte man, der besseren Vorausberechnung wegen, den Anstieg der Zahlen einem mathematischen System anpassen; 6 : 25 : 44 gibt keine arithmetische Reihe, die sichere Vorausberechnungen zuließe; und die Vorausberechnung ist um des Ausgangs dieses Spieles willen wichtig.

Um den Ausgang braucht wohl niemand bange zu sein. Zwar wird der Ostberliner Sektor seine Verluste leichter und schneller auffüllen können als die drei Westberliner Sektoren zusammengenommen, aber Ostberlin ist ein Polizeistaat, in dem jeder Knüppel gebraucht wird, der Tauschhandel wird sich dort sehr schnell als unrentabel erweisen. Vielleicht erweist er sich schon, da die titoistische Unsauberkeit tagtäglich nach volkspolizeilichen Handschellen schreit.

Im übrigen aber ist zu sagen, dass sich die Volkspolizisten in Westberlin so "verhaftet" fühlen, dass einige von ihnen gern haften blieben. Sie möchten den Rücktausch am liebsten auf die Uniformen beschränken, und damit sind nun wieder die Westberliner Polizeibeamten nicht einverstanden, obwohl man sie noch gar nicht darum gefragt hat.

So bleibt es zunächst noch, wie es ist, und an der neuen Masche des pieckistanischen Kalten Krieges wird solange weiter gesponnen werden, bis sie so weit geworden ist, dass die Zahl der durchschlüpfenden Volkspolizisten unerträglich wird. Und so weit wird sie sehr bald sein. R.G.

- - - -

Nachrichten aus der Sowjetzone:

Längere Bärte, schlechtere Margarine

Die "Märkische Volksstimme" (SED Potsdam) enthielt u.a. folgende Leserzuschriften:

"Schon vor längerer Zeit stand in der "Märkischen Volksstimme" eine Leserzuschrift, in der man sich darüber beschwerte, dass schon lange keine Rasierseife herausgegeben wurde. Obwohl diese Beschwerde äußerst berechtigt war, habe ich bis heute noch keine Stellungnahme dazu gelesen, noch viel weniger eine Bekanntmachung, wonach wir bald mal wieder auf Rasierseife hoffen dürfen. Ich glaube, es ist Zeit, dass sich das Amt für Handel und Versorgung endlich einmal zu diesem Problem äußert."

+ +

"Jeder von uns wird einsehen, dass zur Zeit noch nicht so viel Butter zur Verfügung steht, um sämtliche Gruppen und alle Dekaden damit zu beliefern. Man könnte aber verlangen, dass zumindest einwandfreie Margarine ausgegeben wird. Die Margarine, die für die 1. Septemberdekade zur Verteilung gelangte, schmeckt nach Schmierseife oder nach sonst etwas, auf keinen Fall aber nach Margarine. Da dieser Mangel schon des öfteren aufgetreten ist, wird es einmal Zeit, dass für Abstellung gesorgt wird."

+ +

Dienstverpflichtung für Frauen

(sp) Bei der ostzonalen Eisenbahn werden künftig für den Kohlenlade-

dienst, Rangier- und Fahrdienst ausschliesslich Frauen Verwendung finden. Es wird damit gerechnet, dass in Kürze eine allgemeine Dienstverpflichtung für Frauen ausgesprochen wird, um männliche Arbeitskräfte für "besondere Aufgaben" freizustellen. Den Arbeitern der volkseigenen Schuhfabrik Storkow (Mark Brandenburg) wurde durch den Vorsitzenden der kommunistischen Betriebsgewerkschaftsleitung mitgeteilt, dass in Kürze grundlegende Veränderungen in den Betrieben vorgenommen würden. Arbeitsplätze, die durch Frauen ausgefüllt werden könnten, sollten von Männern freigemacht werden. Es sei mit grösseren Umsiedlungen von Arbeitern nach Orten mit Schwerindustrie, wie den Stahlwerken Henningsdorf, Brandenburg und Riesa zu rechnen.

+ + +

Bautzener KZ-Häftlinge in Sibirien.

(sp) Wie das Ostbüro der SPD erfährt, wurden im März dieses Jahres Häftlinge aus dem KZ Bautzen, die Anfang 1947 mit einem Transport von 780 Häftlingen nach der Sowjetunion deportiert worden waren, aus dem sowjetischen Lager Stari im Bezirk Stalinsk (Südsibirien) mit unbekanntem Ziel abtransportiert. 55 Häftlinge wurden im Lager zurückbehalten, weil angeblich ihre Papiere nicht in Ordnung waren. Die KZ-Häftlinge lagen seit September 1948 mit Kriegsgefangenen zusammen. Sie wurden beim Fabrik- und Wohnungsbau eingesetzt.

+ + +

Kriminelle für Aue

(sp) Für den sächsischen Uranbergbau wurden, wie dem Ostbüro der SPD bekannt wird, jetzt auch kriminelle Strafgefangene dienstverpflichtet. 150 Kriminelle aus der Justizhaftanstalt Magdeburg-Sudenburg wurden nach oberflächlicher ärztlicher Untersuchung für "bergbautauglich" befunden und mit vier gleichzeitig dienstverpflichteten Justizwachmeistern nach Aue abtransportiert.

+ + +

Angst vor jugendlicher Kritik

(sp) Vor dem Hauptbahnhof in Erfurt wurde der Jugendliche Werner B ö h m e durch den sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst verhaftet, weil er die Parolen einer am Bahnhof stationierten SED-Agitationsgruppe angezweifelt und widerlegt hatte. Der neunzehnjährige wurde in das SED-Gebäude, das frühere Gestapo-Haus, in der Anstedter Strasse eingeliefert und ist seitdem verschwunden.

+ + +

Pannen der "Nationalen Front"

(sp) In zwei grossen Veranstaltungen der "Nationalen Front" in Leipzig kam es zu Tumulten unter der Zuhörerschaft. Das eine Mal während einer Grosskundgebung der Leipziger Handwerker in der Kongresshalle, auf der Staatssekretär Wunderlich zu sprechen versuchte und zum andern auf einer Versammlung der Industrie- und Handelskammer Leipzig, zu der etwa 500 Betriebsleiter erschienen waren. Auf dieser Versammlung wiederholte der zwanzigjährige, berüchtigte Leipziger Bürgermeister Gerlach die kommunistischen Phrasen der Nationalen Front. Seine Rede wurde von dauernden Protestrufen unterbrochen, so daß er schließlich, blass vor Wut, vom Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer aus dem Saal geleitet werden musste. In beiden Fällen mussten die Veranstaltungen vorzeitig abgebrochen werden.

- - -